

Antrag

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

Städtepartnerschaften in Brandenburg ausbauen und stärken

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt, bis zum 2. Quartal 2019 einen Bericht über Umfang und Qualität der durch Brandenburger Gemeinden eingegangenen Städtepartnerschaften zu erstellen. Hierbei sind - ggf. im Zusammenwirken mit dem Städte- und Gemeindebund - die Gründe für die vergleichsweise geringe Zahl an bestehenden Städtepartnerschaften darzulegen und Handlungsoptionen aufzuzeigen, diese vor allem mit Orten in der Europäischen Union zu erhöhen. Zugleich sind die inhaltlichen Schwerpunkte der bestehenden Städtepartnerschaften darzustellen und Anreize vorzuschlagen, diese weiterzuentwickeln und auf weitere Gemeinden zu erstrecken.

Begründung:

Städtepartnerschaften dienen durch ihre auf kulturellen und wirtschaftlichen Austausch gerichtete Arbeit der nachhaltigen Völkerverständigung. Durch eine intensive Zusammenarbeit werden den Einwohnern der jeweiligen Orte die Menschen, Sprache und Bräuche der anderen Kommune nähergebracht.

Aufgrund des politisch leichten Zugangs so solchen Kooperationsformen dienen sie insbesondere dem internationalen Austausch und seit Gründung bzw. Erweiterung der EU vor allem der vertieften europäischen Integration.

Ihr Mehrwert wird von den Gemeinden, die sie pflegen, selten in Abrede gestellt. Häufig kommt es durch Schüleraustausche zu ersten Berührungspunkten, die sodann zu intensiveren Formen des Austauschs im Bereich Kultur, Brauchtumspflege, Spracherwerb, Sport bis hin zu wirtschaftlichen und weiteren strukturellen Kooperationen führen.

Brandenburger Städte und Gemeinden pflegen im bundesweiten Vergleich recht wenige Städtepartnerschaften. Die enge Form der Partnerschaft (in Abgrenzung zu Freundschaft und Kontakt) pflegen lediglich 57 Gemeinden.¹ Diese unterhalten 117 Partnerschaften zu Kommunen in Europa, Asien und Amerika.² Den Schwerpunkt bilden polnische und französische Orte.

¹ Rat der Gemeinden und Regionen Europas, Datenbank der kommunalen Partnerschaften.

² Inklusive statistisch miterfasster 8 Kreisp Partnerschaften.

Von den Flächenländern der Bundesrepublik haben lediglich Sachsen-Anhalt (102), Mecklenburg-Vorpommern (108) und das Saarland (94) weniger Partnerschaften. Gemessen an der Bevölkerungszahl liegt Brandenburg auch hinter diesen.

Um den internationalen Austausch und die europäische Integration zu fördern, erscheint es erstrebenswert, die Brandenburger Gemeinden bei der Begründung neuer Städtepartnerschaften zu unterstützen.

Daher soll die Landesregierung durch eine entsprechende Analyse mit dem Städte- und Gemeindebund den Zustand der bestehenden Partnerschaften auswerten und Gründe für die bestehende Zurückhaltung herausarbeiten.

Hiernach sollen Vorschläge und Anreizmodelle zur Schaffung neuer Partnerschaften dargestellt werden. Es ist im Interesse der kommunalen Familie, wenn durch Hinweise des Landes dabei Unterstützung zuteilwird. Den Gemeinden sollen durch Best-Practice-Modelle Hilfe und Anschub zur Vertiefung und Neubegründung nachhaltiger Zusammenarbeit gegeben werden. Dabei sollen auch spezielle Fördermöglichkeiten entwickelt werden. Ein Schwerpunkt sollte auf Orten in der Europäischen Union liegen.

Angesichts der Bedeutung und Dringlichkeit erscheint der vorgeschlagene Zeitraum zur Berichterstattung im 1. Quartal 2019 angemessen.